



## KBV-Umfrage bestätigt Unzufriedenheit mit aktuellen Rahmenbedingungen in der ambulanten Versorgung

Vertragsärztinnen/-ärzte und Vertragspsychotherapeutinnen und -therapeuten bewerten ihre Arbeit fachgruppenübergreifend und beinahe ausnahmslos als nützlich und sinnvoll. Sie sind gerne für ihre Patientinnen und Patienten da. Gleichzeitig fühlen sich aber sehr viele auch übermäßig belastet. Das sind erste Ergebnisse der repräsentativen Online-Befragung, die die KBV zusammen mit dem Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi) vom 19. Oktober bis 4. Dezember durchgeführt hat. Bundesweit rund 32.000 Ärztinnen/Ärzte und Psychotherapeutinnen/-therapeuten hatten sich daran beteiligt, in Nordrhein waren es rund 3.300.

Durch die Umfrage wird deutlich, dass die Unzufriedenheit der Leistungserbringer mit den aktuellen Rahmenbedingungen derzeit sehr groß ist – weil sie sie daran hindern, ihre Patientinnen und Patienten so zu versorgen, wie sie es für richtig und notwendig halten. Konkret beklagen die Vertrags-Ärztinnen/Ärzte und -Psychotherapeutinnen und -therapeuten mehrheitlich etwa, dass ihnen für die Behandlung der Patientinnen und Patienten nicht ausreichend Zeit bleibt. Gründe sind die Vielzahl an administrativen Belastungen und Digitalisierungsmaßnahmen, die den Praxisablauf beeinträchtigen. Aber auch die Schwierigkeiten, geeignetes Praxispersonal zu finden und ganz allgemein eine mangelnde Wertschätzung ihrer Arbeit durch die Politik sorgen für wachsenden Unmut in den Praxen.

### Gemeinsam Rahmenbedingungen verändern

„Die Ergebnisse der Befragung bestätigen leider, was sich gerade noch einmal in den vergangenen Monaten vor dem Hintergrund der vielen Proteste quer durch alle Heilberufe abgezeichnet hat. Wir müssen nun alle zusammen dafür eintreten, dass sich die Rahmenbedingungen grundlegend ändern – damit sich auch in Zukunft junge Medizinerinnen und Mediziner für die sinnstiftende und erfüllende Tätigkeit in der Niederlassung entscheiden“, kommentiert KVNO-Chef Dr. med. Frank Bergmann die Umfrageergebnisse. Bergmann weiter: „Dabei können wir natürlich nicht immer nur nach der Politik rufen. Deshalb unterstützt die KV Nordrhein über den Strukturfonds Ärztinnen und Ärzte in allen Berufsphasen, damit sie z. B. als finanziell geförderte Assistenz in der Weiterbildung das niedergelassene System kennen und schätzen lernen. Beim Thema Digitalisierung hat die KBV über das Krankenhauspflegeentlastungsgesetz die Möglichkeit erhalten, mit Anbietenden von Praxisverwaltungssystemen Rahmenvereinbarungen abzuschließen. An der Ausarbeitung dieser Vereinbarung haben wir als KV Nordrhein intensiv mitgearbeitet. Insbesondere für PVS-wechselwillige Praxen wird hierdurch deutlich mehr Transparenz und Vergleichbarkeit hergestellt, als dies heute der Fall ist. Auch KVNO-Mitglieder, die keinen PVS-Wechsel anstreben, profitieren künftig von den Rahmenverträgen: So können sie sich z. B. einen schnellen Überblick zur Leistungsfähigkeit des Marktes verschaffen und ihren PVS-Anbieter zu einem besseren Preis-/Leistungsangebot motivieren.“



## Die Entbudgetierung muss jetzt kommen!

Die meisten Ärztinnen/Ärzte und Psychotherapeutinnen/-therapeuten (87 Prozent) finden außerdem, dass ihre Leistungen in der Patientenversorgung nicht angemessen honoriert werden. Dazu KVNO-Vize Dr. med. Carsten König: „Über die Aktion #PraxenKollaps machen sich bereits alle Länder-KVen seit diesem Sommer dafür stark, dass u. a. die Themen Entbudgetierung und Entbürokratisierung endlich Gehör bei den Verantwortlichen in Berlin finden. Im Rheinland haben sich 36 ärztliche und psychotherapeutische Berufsverbände zum „Aktionsbündnis Praxenkollaps – Nordrhein“ aktiv zusammengeschlossen, um auf die alarmierenden Entwicklungen in der ambulanten Versorgung hinzuweisen. Das ist gut und richtig. Nun müssen wir gemeinsam am Ball bleiben, um unsere Themen auf möglichst vielen Ebenen weiter anzubringen und voranzutreiben!“

## An die Patientinnen und Patienten denken

„Noch existiert ein dichtes Praxisnetz, durch das mehr als 600 Millionen Behandlungsfälle pro Jahr versorgt werden. Aber schon jetzt sind bundesweit fast 6.000 Arztsitze unbesetzt“, warnt Zi-Vorstandsvorsitzender Dr. Dominik von Stillfried, wissenschaftlicher Leiter der Befragung. Es drohen Lücken im bislang noch engmaschigen Versorgungsnetz, „die die jetzt schon völlig überforderten Krankenhäuser niemals werden füllen können“, prophezeit der Zi-Chef und mahnt: „Die Leidtragenden werden die Patientinnen und Patienten sein.“



Präsentation der Umfrageergebnisse in Nordrhein



Kurz-Präsentation der bundesweiten Ergebnisse



## Aktuelle Lieferprobleme bei Antibiotikasäften

Die Liefersituation von Antibiotikasäften ist weiterhin angespannt. Eltern sollte geraten werden, sich bei mehreren Apotheken zu erkundigen, wenn ein bestimmtes Antibiotikum nicht sofort zu bekommen ist.

Die Versorgung mit Arzneimitteln über die pharmazeutischen Großhändler ist ins Stocken geraten. Aktuelle Auskünfte mehrerer Apotheken bestätigen, dass Antibiotikasäfte für Penicilline und Cephalosporine nicht oder nur in einzelnen Packungen zu bekommen sind. Großhandlungen geben die Ware, die sie zum Teil aus dem Ausland bekommen, direkt weiter. So kann sich die Liefersituation vor Ort täglich ändern. In Nordrhein-Westfalen werden die Apotheken von 18 Niederlassungen der Großhändler versorgt. Jede Apotheke arbeitet vornehmlich mit einem Großhandel zusammen und kann zusätzlich bei weiteren anfragen.

Eigentlich schreibt das Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungsgesetz (ALBVVG) Herstellern, Großhändlern und Apotheken eine Vorratshaltung vor. Diese ist aber für Antibiotikasäfte und auch andere Arzneimittel derzeit nicht möglich. Hingegen profitieren Apotheken von den erwei-



terten Möglichkeiten, verordnete Medikamente gegen andere mit demselben Wirkstoff auszutauschen, und der Import ausländischer Ware ist ebenfalls durch das Gesetz erleichtert worden.

## Therapiealternativen

Das BfArM veröffentlicht auf seiner Homepage zahlreiche Hinweise zu Lieferengpässen – unter anderem zu Alternativen für die kalkulierte orale Antibiotikatherapie in der Pädiatrie. Die Empfehlungen wurden vom Berufsverband der Kinder und Jugendärzte (bvkj), der Deutschen Gesellschaft für Kinder und Jugendmedizin (DGKJ) und der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie (DGPI) erarbeitet. Die Hinweise mit Indikations- und Wirkstoffbezug finden Sie hier:



Übersicht: Alternative kalkulierte orale Antibiotikatherapien in der ambulanten Pädiatrie



## Endspurt bei der Bundestagspetition – Mitzeichnungsfrist endet am 20. Dezember

Die Petition zur Rettung der ambulanten Versorgung kann noch bis zum 20. Dezember mitgezeichnet werden. Spätestens an diesem Tag müssen auch die auf Papier gesammelten Unterschriften beim Petitionsausschuss des Bundestages eingegangen sein, um noch berücksichtigt zu werden.

„Jede Unterschrift zählt“, sagt der KVNO-Vorstandsvorsitzende Dr. Frank Bergmann. „Weisen Sie deshalb bitte auch Ihre Patientinnen und Patienten auf die schwierige Lage in der ambulanten Versorgung hin und informieren Sie sie über die Petition – zum Beispiel per Praxisaushang“, so Bergmann.



Praxisaushang mit Aufruf zum Unterschreiben und Petition  
(Stand: 22.11.2023)



Praxisaushang mit Aufruf zum Unterschreiben online oder handschriftlich  
(Stand: 22.11.23)



Praxisaushang mit Aufruf zum Unterschreiben online  
(Stand: 22.11.2023)



Gezählt werden alle Unterschriften, die bis zum 20. Dezember beim Petitionsausschuss des Bundestages eingehen, sei es online oder auf den dafür bereitgestellten Unterschriftenlisten per E-Mail, Fax oder Post.



# KVNO Praxisinformation

13. DEZEMBER 2023

Nr. 295

## Ganz wichtig: Unterschriftenlisten rechtzeitig absenden

Praxen sollten die auf Papier gesammelten Unterschriften möglichst schon ein paar Tage vor dem 20. Dezember absenden, bei einem Postversand am besten bis zum 15. Dezember. Auch wer die Unterschriften per Fax einreicht, sollte nicht bis zum letzten Tag warten. Das Faxgerät beim Petitionsausschuss war in letzter Zeit immer wieder überlastet, sodass die Absender eine Fehlermeldung erhalten haben. In diesem Fall sollten Praxen es zu einem späteren Zeitpunkt unbedingt nochmals probieren oder die Listen mailen, damit alle Unterschriften gezählt werden.

## Hier reichen Sie die Unterschriftenlisten ein

Praxen können die Unterschriftenliste per Brief, als Scan per E-Mail oder Fax einreichen.

- E-Mail-Adresse: [post.pet@bundestag.de](mailto:post.pet@bundestag.de)
- Fax-Nummer: 030 227-36053
- Postanschrift: Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

## Noch nicht unterzeichnet?

Noch bis zum 20. Dezember kann die Petition „Vergütung für medizinische Leistungen – Verbesserung der Rahmenbedingungen für die ambulante Versorgung“ (ID 158622) online oder handschriftlich unterzeichnet werden.

Hier können Sie die Petition online mitzeichnen.



Hier finden Sie die Unterschriftenliste



Hier können Sie sich für den Mail-Empfang unserer Praxisinformationen anmelden:

<https://www.kvno.de/pi-anmeldung>

Sollten Sie diese Praxisinformation per Fax erhalten haben:

Sie finden alle Inhalte auf <https://www.kvno.de/praxisinformation> mit anklickbaren Links.

### Die KVNO im Netz:

<https://www.kvno.de>

<https://www.facebook.com/kassenarztliche.nordrhein>

<https://www.facebook.com/medizinischefachangestelltevernetzt>

[https://twitter.com/kvno\\_aktuell](https://twitter.com/kvno_aktuell)

<https://www.youtube.com/c/KVNOrdrheinVideo>

[https://www.instagram.com/arzt\\_sein\\_in\\_nordrhein/](https://www.instagram.com/arzt_sein_in_nordrhein/)

<https://www.instagram.com/kvnordrhein/>